



Rede zum städtischen Haushalt 2024

des Vorsitzenden
der CSU-Stadtratsfraktion,
Holger Frischhut

21. November 2023
Sondersitzung des Stadtrates

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
meine Damen und Herren,

erinnern möchte ich heute Abend zu Beginn meiner Rede an einen nicht wenig bedeutsamen Deutschen Bundespräsidenten: an Roman Herzog - hier besonders an seine berühmte Rede vom 26. April 1997 - eingeleitet durch die Worte

„Durch Deutschland muss ein Ruck gehen!“

Sie war eine Bestandsaufnahme der damaligen krisenhaften und lethargischen Kraftlosigkeit unseres Landes. Roman Herzogs berühmte Rede vor 26 Jahren ist mit einigen Ergänzungen nahezu 1 zu 1 übertragbar auf unsere heutige Situation. Auch damals war allerorten sichtbar: „Diesem Land geht der Saft aus.“

Herzog damals, ich zitiere: „Was ist los mit unserem Land? Im Klartext: Der Verlust wirtschaftlicher Dynamik, die Erstarrung der Gesellschaft, eine unglaubliche mentale Depression - das sind die Stichworte der Krise. Sie bilden einen allgegenwärtigen Dreiklang, aber in Moll.“

Der Bundespräsident musste damals viel Kritik einstecken; er hat aber auch noch viel mehr Zustimmung erfahren, weil er etwas getan hat, was heute nicht mehr so selbstverständlich möglich ist. Seine Worte: „Ich will heute Abend kein Blatt vor den Mund nehmen, sondern die Probleme beim Namen nennen.“
... Und genau das habe ich mir heute Abend auch zum Ziel gesetzt.

Wir kommen aus einem der schwierigsten Zeitabschnitte der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und gehen keineswegs leichteren Zeiten entgegen. Wir sind an der Leistungsgrenze. Finanziell. Personell. Ressourcenmäßig. Als Bürger. Als Stadt. Und ja, wir haben diese Grenze möglich- erweise bereits überschritten. Mit ein Grund dafür: Kommunal belastende, ziellose Fleckerlpolitik ohne Gesamtschau einer überforderten Bundesregierung, einer Ampel, bei der das dominante, volksparteiliche Rot, das noch in der Großen Koalition Politik mitgestaltet hat, durch zwei weitere Farben verwaschen und eingetrübt wurde.

Beispiele hierfür gibt es genug: Ohne Rücksicht auf Machbarkeit mitgeteilte Zuwanderungszahlen und die damit übertragenen Aufgaben, beispielsweise aus dem Bereich Asyl und Flüchtlinge, sind mittlerweile eine existentielle Bedrohung für den friedlichen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Angesichts der aktuellen politischen Lage - sei es die ganze Welt, Nah-Ost, Europa oder auch bundesweit bis hinunter in die einzelnen Kommunen und die daraus erwachsende, sehr angespannte finanzielle Lage auf allen Ebenen - wundert es nicht, dass man sehr schnell über die noch leistbaren Umfänge der an eine Kommune gestellten Anforderungen nachdenken muss.

Daran ändert der vermeintliche „atmende Deckel“ bezüglich der vom Bund an die Länder zugestandenen Kosten in Höhe von 7.500 € Kostenersatz nur sehr wenig. Geld klebt längst nicht mehr die entstandenen Risse, die zu Abgründen geworden sind. Zum Ersten, der Betrag ist nicht kostendeckend. Zum Zweiten: Selbst, wenn der Betrag kostendeckend wäre und wir noch Geld hätten, können wir als Kommune nichts kaufen, was aktuell eben nicht am Markt verfügbar ist. Und dazu gehört leider auch bezahlbarer Wohnraum vor allem für unsere jungen Menschen, die Familien gründen möchten, aber nicht können, weil sie keine Wohnungen, Kindergartenplätze und modern ausgestattete Schulen finden.

Allgemeine Einschätzung

Die Welle an Unruhe und Verunsicherung, die uns allen jetzt so kurz vor Weihnachten die Lebensfreude trübt, sei nicht vorhersehbar gewesen? Man könnte sich sehr leicht distanzieren in der bekannten Form, man sei überrascht worden. Ich denke, das ist nicht so. Denn seit vielen Jahren ist für den politisch denkenden Menschen der heutige Zustand in seinen Grundzügen erwartbar gewesen. Dass dem postcoronalen Angriffskrieg in der Ukraine nun auch noch das irrationale Terrorgebaren der Hamas gegen Israel folgt, verschärft unsere sozialen, integrativen und wirtschaftlichen Probleme in Potenz.

Die Schriftstellerin Monika Maron schreibt in einem Artikel sehr treffend: „Neuerdings begegnet Ihnen das Wörtchen ‚Wir‘ wieder recht oft: ‚Wir waren zu tolerant‘, ‚Wir waren zu naiv und zu bequem‘, ‚Wir haben darin versagt, die Zuwanderung nach Deutschland zu steuern und zu begrenzen‘, ‚Wir als Gesellschaft haben den Antisemitismus nicht gesehen oder wollten ihn nicht sehen‘. Der Herbst 2023: Ein Versuch der Vergemeinschaftung des eigenen Versagens.‘ - Wir? Tut mir leid: ich nicht. Sie nicht. Wir nicht.“

Warnungen der Kommunen sind ungehört verhallt. Die Kommunen - erlauben Sie mir diesen etwas robusten Vergleich - stehen am Ende der politischen „Nahrungs- bzw. Befehls-Kette“ und bilden zugleich deren schwächstes Glied ab. Was von all dem, was aktuell bundesweit über die Kommunen, nicht nur über unser Straubing hereinbricht, haben wir gewollt oder bestellt? Aber wir müssen ungefragt mit wenig Hoffnung auf Besserung mit der gegebenen Situation zurechtkommen. Bei dieser Gemengelage sollen wir als Kommune auch noch die gewohnten Leistungs- und Serviceangebote aufrechterhalten.

Spätestens seit dem 7. Oktober mit dem Angriff der Hamas auf Israel werden die importierten sozialen Verwerfungen und die allgemeine Radikalisierung des gesellschaftlichen Lebens bis hin in die Spitzen der Politik für jeden offensichtlich. Es ist Zeit! Zeit für eine Bestandsaufnahme, Zeit für eine Neuausrichtung!

Erlauben Sie mir ein kurzes Zitat aus Art. 83 der Bayerischen Verfassung:

„Überträgt der Staat den Gemeinden Aufgaben, verpflichtet er sie zur Erfüllung von Aufgaben im eigenen Wirkungskreis oder stellt er besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben, hat er gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. ² Führt die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.“

Natürlich ist dies ein Zitat „nur“ aus unserer Bayerischen Verfassung. Vergleichbares findet sich in unserem Grundgesetz nicht. Und auch in Bayern hat der Text nur sehr selten praktische Auswirkungen. Der Begriff „Konnexitätsprinzip“ beschreibt den Grundsatz, wonach jener, der bestellt,

doch auch die Rechnung zu zahlen hat. Bleiben wir in unserer Bildlichkeit: Dieses Prinzip ist, durch die Realität nicht aufnehmende Politik aus Berlin, ins Gegenteil verkehrt.

Alleingelassen

Neben den direkten Kosten entstehen wesentliche und massive Zusatzkosten allein schon im Hinblick auf die Kinderbetreuung und Beschulung. Von integrativen Angeboten oder sogenannten „freiwilligen“ Angeboten ist hier noch nicht einmal die Rede. Diese erreichen eher einen Alibi-Status oder werden auch gleich gar nicht angeboten.

Berlin bestellt und die Kosten trägt die Kommune vor Ort. Angesichts dieser erzwungenen Vergesellschaftung entstandener Kostenrisiken, wie wir sie in den Nachforderungen in Milliardenhöhe gerade beim völlig aus dem Rahmen kippenden Bürgergeld erleben, stellen sich Kommunen wie wir hier in Straubing immer häufiger die Frage: Was können wir noch für unsere Einwohner leisten? Wie sichern wir Erhalt, Modernisierung und Ausbau der gesamten Infrastruktur?

Und es lauern weitere Gefahren für die kommunalen Haushalte. Eine davon trägt den Namen „Wachstumschancen-Gesetz“ - möglicherweise ein klimapolitischer Segen für die Wirtschaftsunternehmen, möglicherweise aber auch ein fataler Eingriff in die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen - weitere Verschuldungen sind die Folge.

Personalkosten und Bürokratie

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
es sei mir erlaubt, an dieser Stelle die Frage zu platzieren, inwieweit in Deutschland, egal ob Bund, Land, Kreis oder auch Kommune der Haushaltsposten „Personal“ und die Bürokratie eng zusammenhängen.

Ich greife nur einen besonders bürokratieintensiven Bereich heraus: Er basiert auf der aktuellen Energiegesetzgebung und nennt sich Wärmeplanung. Auch hier wird von ganz oben wieder ein gesetzlicher Rahmen geschaffen, ohne sich über Ursache und Wirkung genügend Gedanken zu machen. Jedem Gesetzentwurf geht eigentlich eine Kosten-/Nutzen-Schätzung voraus. Darin ist grundsätzlich auch der Bürokratieaufwand zu beziffern. Bei derartigen Gesetzen ist dieser Aufwand auf Bundesebene relativ gering, aber dieser geht in die Beratungen ein. Der tatsächlich zu tätige Aufwand auf unterster Ebene wird nicht oder bewusst nicht beziffert, tragen den doch die Kommunen.

Per Gesetz ist man verpflichtet, eine Wärmeplanung für die Kommune auf den Weg zu bringen. Es gibt aber weder ausreichend Fachpersonal für die kommunale Ebene, noch gibt es genügend Planungsbüros, die diese Aufgabe flächendeckend schultern könnten.

Eines ist aber absolut sicher: Aus diesem neuen Kostenfaktor werden wieder dauerhaft Personalkosten entstehen, die den ohnehin schon sehr hohen Personalkostenstand weiter ansteigen lassen und mit denen wohl keine erkennbare Produktivität einhergeht. Es ist Zeit für Entbürokratisierung, Zeit für das Streben, vorhandenes Personal zielgerichteter und effektiver einzusetzen, kurz: Es ist Zeit, Hürden abzubauen!

Dabei darf man nie vergessen: Nicht nur der Metzger um die Ecke hat Personalprobleme. Den Kommunen geht es genauso. Dennoch haben wir es in Straubing geschafft, den städtischen Stellenplan bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Die Stadt Straubing und ihr Wachstum

Straubing soll, ja Straubing will wachsen - wir alle wollen das - Wachstum spiegelt Leistungskraft und Prosperität. Aber auch hier entstehen Kostenpositionen durch den daraus zwingend folgenden Zubau von Kindergärten, Schulen und sonstigen daraus entstehenden Pflichtaufgaben, wie den Ausbau von Infrastruktur und Sozialgefüge. Können wir uns das alles noch leisten? Und hier wollen wir trotz aller Widrigkeiten als CSU-Stadtratsfraktion Flagge zeigen.

Ich habe es soeben deutlich erwähnt: Bestandsaufnahme und Neuausrichtung sind wohl die beiden Schlagwörter, die das zukünftige Agieren unserer Fraktion bestimmen werden. Nun ist Anpassung an den aktuellen Status Quo gefragt, um Handlungsspielräume abzustecken und dennoch in deutlich kleinerem Umfang, aber immerhin aktions- und investitionsfähig zu bleiben. Die Straubinger CSU ist sehr gerne bereit, die Stadtverwaltung hierbei tatkräftig zu unterstützen. Es geht hier um unsere Zukunft und um unsere Lebensqualität in Straubing - eine Stadt, in der wir nach wie vor gut und gerne leben.

Situation der Wirtschaft in Straubing

Ein direkter und besonderer Dank soll anlässlich dieser Haushaltsplanungen an unsere Straubinger Wirtschaft gehen. Diese wächst noch mit spürbaren Steigerungsraten. Hier zeigen sich die Folgen gezielter Wirtschaftsförderung - auch das können wir effektiv und messbar erfolgreich in unserer Stadt leisten. Aber wie lange noch?

Auch hier ist es an der Zeit, der Realität in die Augen zu schauen. Die aktuellen wirtschaftlichen Prognosen sind alles andere als beruhigend. Die diskussionswürdige Energiepolitik der aktuellen Regierung verursacht Verwerfungen, in deren Folge von vielen Wirtschaftssachverständigen massive Probleme in Hinblick auf mögliches Wachstum gesehen werden. Verfolgt man diverse Wirtschaftsberichterstattungen, ist die Erwartung eines negativen Wachstums eher die Regel - mit allen logischen Folgen für jede einzelne Kommune. Straubing wird sich hier nicht entziehen können.

Ausblick

Dem niederbayerischen Volksstamm werden eine gewisse Unbeugsamkeit und Willensstärke sowie Gestaltungskraft, auch in der Krise, nachgesagt. Und genau diese Widerstandskraft, unter Druck Lösungen zu finden, wird uns weiterhelfen. Wir müssen aus den uns übertragenen Aufgaben das Beste machen. Fakt ist allerdings auch, dass wir als Kommune nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten haben.

Dennoch: Ich bin der Meinung, dass wir das gemeinsam nicht nur anpacken, sondern auch packen werden. Und nur gemeinsam wird es gehen. Es wäre nicht das erste Mal, dass Straubing aus einer Krise gestärkt herausgeht.

Wir brauchen einen Richtungswechsel in der Politik. Oder um es ganz deutlich zu sagen: Wir brauchen eine Regierung, die endlich wieder für Bewegung, Optimismus und Aufbruch sorgt. Die aktuelle Bundesregierung muss akzeptieren, dass sie ihre ideologische Agenda nicht länger völlig schwerelos abgehoben gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchziehen kann und wieder Bodenhaftung auf dem Fundament der Demokratie erreichen muss: Beteiligung und Mitbestimmung. Die gemeinsame Suche nach der besten Lösung für möglichst alle Bürger.

Das aber muss jetzt schnell geschehen, will man den Restkonsens mit den Wählern nicht restlos aufkündigen und das Vertrauen der Bürger in unseren Staat und auf seine Funktionsfähigkeit nicht endgültig zerstören.

Schlimmstmögliche Konsequenz der aktuellen Situation

An dieser Stelle wird hier gerne das „Worst-Case-Szenario“ gespielt: Was wäre, wenn wir mit den noch vorhandenen Ressourcen unseren Pflichtaufgaben nicht mehr nachkommen können?

Nun, hier bleiben beispielsweise vier Möglichkeiten:

1. Einfrieren der kommunalen Pflichtleistungen und Streichung aller freiwilligen Leistungen
2. Erhöhung des Gewerbesteuersatzes
3. Nutzung der anstehenden Grundsteuerreform, um den Hebesatz - wie schon von vielen Kommunen im Voraus praktiziert - in „weiser“ Voraussicht entsprechend nach oben zu schrauben
4. Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Seiten des Bundes

Niemand hier im Saal wird ein Fan dieser vier Punkte sein. Was tun? - Eine Lösungsmöglichkeit: Bestandsaufnahme und Neuausrichtung werden uns helfen, die Talsohle mittel- oder langfristig zu durchschreiten. Dass das von mir dargestellte Szenario so eintreten wird, muss uns allen in aller Konsequenz klar sein:

Jedes einzelne Bundesland gibt den Druck der Bundesregierung ungedämpft nach unten weiter. Denn eines ist auch klar: den Art. 83 (3) der Bayerischen Verfassung müsste es auch auf Bundesebene geben. Damit hätte der Bund die Lasten der an die Kommunen übertragenen Aufgaben zu übernehmen, wenn diese dazu nicht mehr in der Lage sind. Unausgesprochen und genauso einseitig wie das Schengen- und das Dublin-Abkommen: Wir Gemeinden werden seitens der Bundesregierung uns selbst überlassen.

Sollen wir alle bis zu einem gewissen Punkt gezwungen werden, an dem wir, obwohl Kommune, zivilen Ungehorsam leben müssten, dass im Worst-Case-Szenario Bürgermeister und Landräte aus ganz Bayern und dem Rest der Republik mit der eindeutigen Botschaft nach Berlin fahren: Schluss, aus - so geht es nicht mehr weiter!

Denn nicht nur ein Verfassungsgrundsatz, welcher mangels Ressourcen nicht mehr ausgeführt werden kann, hat seine Berechtigung verloren, sondern dann möglicherweise auch die gewählten Volksvertreter, die in der Mehrheit den Schwur geleistet haben, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden - und für mich heißt das: Schaden von unserer Heimatstadt Straubing und ihren Bürgern abzuwenden. Diesem Ziel unseres gesamten Wirkens sollten wir uns alle aus voller Überzeugung verpflichtet fühlen. Es ist der Gradmesser unseres politischen Handelns!

Positives für Straubing

Denn alle Stadträte, die wir hier da sind, haben eines gemeinsam: Wir sind gewählt, um das Optimum für die Bürger zu erreichen. Einen guten Unternehmer zeichnet aus, gerade in schwierigen Zeiten in die Zukunft zu investieren. Besonders wir als Kommune nehmen uns das zu Herzen und investieren im Jahr 2024 mehr als 14 Millionen Euro in Baumaßnahmen, damit die Zukunftsfähigkeit unserer Heimatstadt Straubing gewährleistet wird.

Aus dem Bundesförderprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ stellen wir im kommenden Jahr 100.000 Euro für Planungen bereit. Diese Planungen haben das Ziel, dass die stetige Erwärmung unserer Innenstadt durch das Voranschreiten des Klimawandels minimiert werden soll. Hierzu beziehen wir unsere gute Stube, den Theresien- und Ludwigsplatz sowie den Viktualienmarkt mit ein. Diese Maßnahme bringt im Anschluss allen Generationen Vorteile für mehr Aufenthaltsqualität in der Stadt. Im Endeffekt profitieren davon auch die Geschäftswelt und die Gastronomie in unserer Innenstadt von diesem Maßnahmenpaket, denn durch kühlere Temperaturen verweilen Alt und Jung länger im Herzen Straubings.

Nicht nur im Zentrum von Straubing brauchen wir mehr Aufenthaltsqualität. Im Straubinger Süden, wo viele Bürger und gerade auch Familien leben, braucht man Möglichkeiten, grüne Oasen zu finden. Durch das Förderprogramm „Grün-blaues Band Ziehbrückengraben“ hat die Stadt eine einmalige Chance erhalten, den Straubinger Süden grüner zu machen und sich damit einen lang gehegten Wunsch zu erfüllen. Im Rahmen dieses Förderprogramms wird der Ziehbrückengraben im Straubinger Süden aus seinem Steinbett befreit und in sein ursprüngliches Bett naturbelassen zurückversetzt. Hierzu finden sich im Haushalt 175.000 Euro, damit dieses Projekt realisiert werden kann.

Die Energiekrise des vergangenen Winters hat uns deutlich aufgezeigt, wie knapp die Ressource Energie - Strom, Heizen - ist und wie angreifbar eine Gesellschaft ist, die abhängig von fossilen Energieträgern wirtschaftlich instabiler Länder ist. Wir als Stadt müssen mit gutem Beispiel voranschreiten, damit die Energiewende auch beim Bürger glaubhaft ankommt. Aus diesem Grund stellen wir im Haushaltsjahr 2024 die Straßenbeleuchtung auf LED um. Die Einsparung an Primärenergie durch die Umstellung auf LED beträgt circa 80 Prozent gegenüber heute. Diese Investition zeigt deutlich auf, dass sich Investitionen in den Transformationsprozess der Energie in Kürze auszahlen werden.

Die Verkehrswende wurde in Straubing mit dem damaligen Projekt von 2021 „Auf Straubings grünen Wegen“ schon erfolgreich eingeleitet. Diesen Weg verfolgen wir konsequent weiter und bauen das Radwegenetz im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit weiter aus und verbessern weiterhin die

Infrastruktur. Zu dieser leistungsfähigen Infrastruktur zählt aber auch der Ausbau von Straßen und Brücken. Im ländlichen Raum ist derzeit der PKW für die Mobilität nicht selten unverzichtbar und wir als CSU möchten sowohl für Rad- als auch für Autofahrer gute Voraussetzungen schaffen. So kann jeder selbst entscheiden, wie er sich fortbewegen möchte. Denn die CSU vereint beides - sie steht für Klimaschutz und Mobilität.

Zur Mobilität gehört auch unser Bahnhof mit einem ansprechenden Umfeld. Das Entwicklungskonzept Bahnhofgelände mit dem Umbau des Bahnhofsumfeldes und mit geeigneten Radabstellanlagen findet sich auch im Haushalt 2024 wieder. Denn der Bahnhof eines Oberzentrums wie Straubing ist das Eingangstor für Besucher und somit auch die erste Visitenkarte der Stadt. Im Bahnhofsumfeld finden sich alle Verkehrsträger, sowohl die Zukünftigen als auch die Altbekannten, und können hier vernetzt werden.

Gerade in Krisenzeiten ist Sicherheit ein elementares Bedürfnis der Menschen. Jeder Euro, der in die Sicherheit unserer Bürger investiert wird, ist gut angelegtes Geld. Für den Katastrophenschutz und die Feuerwehr der Stadt Straubing investieren wir 850.000 Euro in ein modernes Kommunikationsfahrzeug, welches bei großen Schadensbildern die Schlagfähigkeit der Feuerwehr und der Straubinger Hilfskräfte erhöht. In diesem Zusammenhang möchten wir uns bei allen Sicherheitskräften in der Stadt Straubing für ihren großartigen Einsatz bedanken: Polizei, THW, Malteser Hilfsdienst und Rotes Kreuz. Sie leisten unverzichtbare Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit. 2016 waren wir beim Rathausbrand froh über unsere effizienten Rettungskräfte - sie haben Schlimmeres verhindert. Mit den Folgen der Katastrophe kämpfen wir heute noch. Im November 2019 wurde unser Rathausneubau mit 46 Millionen Euro beziffert. Durch Corona, Kriegswirren sowie die daraus resultierenden Lieferengpässe ergibt sich für unsere Rathausbaustelle eine Kostensteigerung, mit der vor vier Jahren keiner rechnen konnte. Die avisierten Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 58,5 Millionen Euro. Eine Kommune braucht, damit sie funktioniert, ein Rathaus und unser historisches Gebäude ist ein Stück Straubinger Identität, an dem das Herz der Straubinger Bevölkerung hängt. Die große Betroffenheit beim Rathausbrand 2016 hat genau das gezeigt. Damit das Herzstück der Verwaltung in vollem Umfang wieder zum Leben erwacht, muss es uns diese Investition wert sein.

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Auch in Krisenzeiten sind uns unsere kleinen Bürger und überhaupt die Familien nicht weniger wert. Wenn uns Corona eines aufgezeigt hat, dann ist es, dass die sozialen Kontakte unverzichtbar für eine positive Entwicklung der Kinder und der Familien sind. Aus diesem Grund stellen wir gerne im Haushalt 200.000 Euro für Kinderspielplätze bereit. Denn dies sind Orte der Begegnung und der Kontakte für die junge Straubinger Generation.

Straubing bietet aber auch Heimat für die Senioren und ist auch für diese liebens- und lebenswert. Wer wünscht sich nicht, wohlumsorgt im Alter zu sein. In den vergangenen Wochen hat sich eine lebhaft Diskussions um einen Erweiterungsbau an unserem St.-Nikola-Wohnheim ergeben. Die Planungen hierfür bilden einen Eingriff in einen Teil des anliegenden Parks ab. Natürlich werden durch diese Planungen Bäume des Parks gefällt werden müssen. Der Stiftungszweck der Bürgerspitalstiftung lautet, sich um die Senioren in der Straubinger Stadtgesellschaft zu kümmern und sie menschenwürdig zu pflegen. Dabei darf das Ziel des Klimaschutzes nicht gegen die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft ausgespielt werden. Unserer Meinung nach muss in der regulären Dezembersitzung des Stadtrates mit einer Richtungsentscheidung für unsere älteren Mitbürger und für eine Kompensation von Natureingriffen auch über die Zukunft unserer Stiftung abgewogen werden.

Bei allem Zukunftsdenken sind uns bisweilen aber auch finanziell die Hände gebunden. Wie gerne hätten wir die gute Planung für den 30-Millionen-Erweiterungsbau des Johannes-Turmair-Gymnasiums, der von der Schulfamilie langerseht ist, umgesetzt. Die gelungene Planung darf nicht der Vergangenheit angehören, sondern muss realisiert werden, wenn der finanzielle Spielraum es zulässt. Als Zwischenlösung im Rahmen der finanziellen Haushaltsmittel errichten wir in Modulbauweise ansprechende Klassenräume, die einen zeitgemäßen Unterricht ermöglichen. Wir sehen die Ängste der Lehrer, aber auch der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler, dass Klassenzimmer in Modulbauweise nicht einen Massivbau ersetzen können. Eines ist aber sicher: Wir als Stadt und Sachaufwandsträger versuchen, in der derzeitigen Situation das Beste für das Johannes-Turmair-Gymnasium zu erreichen. Altbekannt ist, dass Provisorien immer besonders lang erhalten bleiben. Hier reden wir über mindestens 10 Jahre, allein schon deshalb, weil es sonst keinen einzigen Euro Förderung geben würde.

Der Blick in die Glaskugel ...

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die genannten Umstände lassen auf den ersten Blick nicht allzu Gutes erwarten. Aber nicht alles zu versuchen, was in unserer Macht steht, wäre sozusagen Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

Lassen Sie mich deshalb meine Rede schließen, wie ich sie begonnen habe: mit Roman Herzog und seinem Appell an alle Bürger dieses Landes:

„Durch Deutschland muss ein Ruck gehen!“

Die von Roman Herzog damals gehaltene Ruck-Rede war durchaus lang. Wohl so lang wie meine heute. Mit Sicherheit gelungener, weltmännischer - tatsächlich aber genauso schonungslos ehrlich und im besten Sinne gut gemeint wie meine. Und glauben Sie mir und der CSU-Fraktion: Ich habe diese Rede mit derselben Motivation verfasst - allerdings bezogen auf den Mikrokosmos Straubing. Wie gesagt: Gemeinsam das Ziel erfassen, Bestandsaufnahme und Neuausrichtung.

Meine Damen und Herren,

nach ausführlichen Beratungen wurde der Haushaltsplan 2024 eingehend diskutiert und hinterfragt. Wir, die CSU-Stadtratsfraktion, sind uns bewusst, dass durch die verschärfte finanzielle Situation der Stadt Straubing vieles, das wir gerne umsetzen möchten, aktuell nicht wie gewollt und gewünscht realisiert werden kann. Wir alle müssen uns dessen bewusst sein, dass eben zwischen Wollen und Können ein erheblicher Unterschied besteht. Die im Oktober beschlossene Haushaltssperre für den Haushalt 2023 führt uns das klar vor Augen. Im Haushalt 2024 wird uns sehr deutlich, dass wir noch verantwortungsvoller als bislang priorisieren müssen, wie wir unsere Stadt gut durch die schwere Krisenzeit führen und gleichzeitig fit für die Zukunft und für unsere kommenden Generationen machen können - und das bei allen Herausforderungen, die tagtäglich auf uns einprasseln.

Wir als CSU-Fraktion haben trotz der von außen diktierten finanziellen Schwierigkeiten unseren Wahlspruch von 2020 „Für ein starkes Straubing - heute und morgen“ nicht aus den Augen verloren. Gerade deshalb werden wir dem Haushaltsplan einschließlich Finanz- und Stellenplan für das Jahr 2024 zustimmen.

Im Namen der Fraktion bedanke ich mich bei unserem Oberbürgermeister Markus Pannermayr, der Straubing weiterhin auf einem zukunftsfähigen Kurs hält und uns gut und sicher durch diese Krise führen wird. In schweren Zeiten braucht man starke Partner wie unseren Bundestagsabgeordneten Alois Rainer, der sich in Berlin für die Straubinger Belange unermüdlich engagiert und einsetzt. Straubings starke Stimme in München ist unser Landtagsabgeordneter Josef Zellmeier. An dieser Stelle möchte ich es aber nicht versäumen, unserem ehemaligen Landtagsabgeordneten Hans Ritt für seine beständige und erfolgreiche Arbeit zu danken. Danke auch an Bezirksrat Franz Schreyer; er ist ein zuverlässiger Ansprechpartner, wenn es um soziale Belange der Bürgerinnen und Bürger unserer Heimatstadt geht. Allen vieren ein herzliches Dankeschön.

Wir bedanken uns ebenso bei der Stadtkämmerei unter Führung von Roman Preis und den Referatsleitern für die gewohnt akribische Vorbereitung. Gemeinsam werden wir uns dieser Krise und den damit verbundenen Herausforderungen stellen. Denn wie schon Charles Dickens gesagt hat: „Auch eine schwere Tür hat nur einen kleinen Schlüssel nötig.“ Dieser kleine Schlüssel setzt sich aus Mut, Kraft, Zusammenhalt und Verständnis, die Potenziale zu nutzen zusammen.

In diesem Sinne: Lassen Sie uns mutig und zuversichtlich in das kommende Jahr gehen und uns der Verantwortung für die heutigen und zukünftigen Probleme mit Weitsicht und Augenmaß stellen - der dazu nötige Leitsatz liegt auf der Hand: Bestandsaufnahme und Neuausrichtung!

Vielen Dank.

Holger Frischhut, Fraktionsvorsitzender

- Es gilt das gesprochene Wort. Änderungen vorbehalten. -